



AgEcon SEARCH
RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library

This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.

Help ensure our sustainability.

Give to AgEcon Search

AgEcon Search
<http://ageconsearch.umn.edu>
aesearch@umn.edu

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

Varga, G.: Die Lage der ungarischen Landwirtschaft seit 1990 und ihr Weg in die EU.
In: Heißenhuber, A.; Hoffmann, H.; von Urff, W.: Land- und Ernährungswirtschaft in einer
erweiterten EU. Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des
Landbaues e.V., Band 34, Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag (1998), S.447-460.

DIE LAGE DER UNGARISCHEN LANDWIRTSCHAFT SEIT 1990, UND IHR WEG IN DIE EU

von

G. VARGA*

1 Einleitung

Ungarn stand schon vor der politischen Wende in engem wirtschaftlichen Kontakt mit der EU, bzw. deren Vorgänger, der EG. Dieser Kontakt schloß im Bereich der Landwirtschaft nicht nur eine intensive Exporttätigkeit, sondern auch einen engen technischen und wissenschaftlichen Austausch ein. Innerhalb der EU bzw. EG spielte Deutschland die größte Rolle. Mit einer kleinen Übertreibung können wir behaupten, *daß wir kein "neues" Beitrittsland sind, sondern Ungarn schon seit langem zur EU gehört.*

Die Lage ist natürlich nicht ganz so einfach. Ungarn hat einen offiziellen Antrag auf Aufnahme in die EU gestellt und zur Zeit laufen auf verschiedenen Wegen die Vorbereitungen für den Beitritt. *Wir rechnen damit, daß wir gegen 2002 mit einem Unterschied von höchstens ein oder zwei Jahren vollberechtigtes Mitglied der Europäischen Union sein werden.* Auf vielen Gebieten entspricht Ungarn bereits den Anforderungen der EU und wir sind weit voraus gegenüber einigen der neueren EU-Mitgliedsländer vor dem Zeitpunkt ihrer Aufnahme. Wir haben natürlich noch viel zu tun, vor allem im Ausbau von institutionellen Systemen und in der Rechtsharmonisierung. Was die Leistungen der Wirtschaft betrifft, so ist die tatsächliche Lage die, daß für eine schnellere Entwicklung und ein Aufholen unsere Bedingungen als Außenseiter viel schlechter sind, als wenn wir Mitglied wären.

Zu den umstrittensten Fragen gehört die Landwirtschaft. Hier handelt es sich in der Tat um ein wichtiges Problem, das einer Klärung bedarf. Ich möchte aber schon in der Einführung betonen, *daß unser Beitritt nicht von den Agrarproblemen abhängt, sondern vor allem die Folge einer politischen Entscheidung ist.* Für Ungarn ist die EU auch nicht das Mittel zur Lösung der schwierigen Agrarprobleme, die von niemandem bestritten werden. Für uns bedeutet die EU den Anschluß an eine entwickelte Region und die Chance, wirtschaftlich aufzuholen.

Wir sind aber der Meinung, *daß sich die Erweiterung auch auf die EU positiv auswirken wird.* Die Äußerung, die oft zu hören und zu lesen ist, daß der westliche Teil Europas mit der Erweiterung nur ein Opfer bringt, und die Beitrittsländer ein Geschenk bekommen, entspricht nicht der Realität. Die Erweiterung ist ein Geschäft, wovon - wenn wir es gut vorbereiten - letzten Endes jeder mehr gewinnt als verliert. Die EU gewinnt zwar nicht in erster Linie, aber auch auf dem Gebiet der Landwirtschaft. Außer Ungarn sind nämlich alle anderen Länder Netto-Agrarimporteure gegenüber der EU geworden. Für die EU bedeutet Mittel- und Osteuropa langfristig einen riesigen Markt, auf dem nach einem wirtschaftlichen Aufschwung eine enorme Verbrauchernachfrage nach Industrieprodukten der EU wirksam werden wird.

* Prof. Dr. Gyula Varga, Institut für Agrarökonomie und Informatik, 55. Pf. 5, H-1355 Budapest

Um den Standpunkt Ungarns und seine Interessen zu verdeutlichen, stelle ich die heutige Situation in den Mittelpunkt. Ich beginne mit der "Ausgangssituation" vor der Transformation und spreche danach über die seither praktizierte Agrarpolitik. Danach wende ich mich den brennendsten Problemen zu, und den Aufgaben, die sich aus der Vorbereitung für den Beitritt ergeben.

2 Lage und Probleme der ungarischen Agrarwirtschaft

2.1 Die Besonderheiten der Ausgangssituation

Die ungarische Agrarwirtschaft hatte - noch viel stärker als die Gesamtwirtschaft Ungarns - eine besondere, und zwar eindeutig *vorteilhafte Ausgangssituation für die Transformation*:

- Die ungarische Landwirtschaft war seit längerer Zeit Vorreiter und das Versuchsfeld der *Wirtschaftsreformen*.
- *Privateigentum* spielte in der ungarischen Landwirtschaft immer eine wichtige Rolle, das Staatseigentum war im Grunde genommen, nicht bedeutend.
- Die Elemente der Planwirtschaft waren eindeutig schwach (viel weniger stark als in den anderen Bereichen der Wirtschaft und in den anderen Ländern Mittel- und Osteuropas oder sogar in der EG).
- Die ungarische Agrarwirtschaft war stark *exportorientiert*, und zwar nicht nur nach Osten.
- Die ungarische Agrarwirtschaft war - trotz gedrückter Weltmarktpreise - *wettbewerbsfähig*, ihre Stützung, ausgedrückt in PSE, lag bei etwa 12-20 %.

Die von der Politik immer wieder begrenzten Reformen waren aber in der zweiten Hälfte der 80er Jahre immer weniger in der Lage, die wachsenden Probleme zu lösen. Die *Krise der Agrarwirtschaft* war für Fachleute ab 1987/88 leicht zu erkennen; die Absatzmöglichkeiten wurden sowohl im Westen als auch im Osten immer begrenzter.

2.2 Die Entwicklung nach der politischen Wende

Für uns stellte sich nach der "Wende" eine klare Alternative:

- Wollen wir die positiven Elemente der früheren *Zeit bewahren* und die von allen Fachleuten geforderten *Reformen*, welche seit längerer Zeit von der Politik verlangsamt und gebremst werden, radikal und endlich ohne diese Beschränkungen weiterführen?
- Oder gibt es eigentlich nichts zu bewahren, und wollen wir lieber die gesamte Vergangenheit ablehnen, und anstatt Reformen eine - zumindest formell - radikale Wende vollziehen, eine Revolution machen, eine völlig neue Agrarpolitik einführen?

Die Antwort war praktisch allein von der Parteipolitik, bzw. von der neuen Ideologie beeinflusst, und die neuen politischen Entscheidungsträger haben die zweite Alternative gewählt. Die ungarischen *Fachleute* wurden praktisch nicht gefragt, und auch die - meist sehr schlecht informierten - ausländischen Berater haben nur über Privatisierung und Liberalisierung gesprochen. Die speziellen Gegebenheiten, die früheren *Reformbewegungen* und ihre mehr oder weniger positiven Folgen wurden *kaum in Betracht gezogen*. Das einzige Ziel war, die ungarische Landwirtschaft nach einem primitiv dargestellten, fast nur die Kleinbetriebe in den

Vordergrund stellenden *“westeuropäischen Leitbild”* umzugestalten, verbunden mit dem radikalen Abbau aller Unterstützungen. (Der PSE-Koeffizient wurde auf etwa 5 % reduziert!)

2.3 Die Umwandlung der Landwirtschaft

Nach zweijähriger Diskussion - während *alle Reformbewegungen* und mit dem Eigentum zusammenhängenden unternehmerischen Entscheidungen *eingefroren waren* - verabschiedeten die neue Regierung und das Parlament zwei wichtige Gesetze für die Landwirtschaft:

- Gesetz über die *Entschädigung*¹
- Gesetz über die *Genossenschaften* (einschließlich der obligatorischen Umwandlung und Eigentumsverteilung der landwirtschaftlichen Genossenschaften).

Dahinter standen fast ausschließlich *ideologische Überlegungen*, genauso einseitig wie seinerzeit (mit umgekehrtem Vorzeichen) bei der Zwangskollektivierung. Man glaubte - zumindest erklärten es die führenden Parteien so -, daß die neugeschaffenen Bodeneigentümer *Privatbauern* sein wollten, daß sie mit großem Schwung ein neues und effizientes Betriebssystem aufbauten, daß sie viel *billiger* als die gehaßten Großbetriebe produzieren würden, daß Arbeitskräfte, die in der Industrie überflüssig sind, *wieder in der Landwirtschaft (!)* arbeiten könnten usw.

Diese Gedanken wurden in erster Linie von der populistischen *“Kleinlandwirtpartei”* stark betont, aber praktisch von der gesamten damaligen Koalition - neben einer unverständlich schwachen und wenig mutigen Kritik der damaligen Opposition - übernommen oder akzeptiert. Für die Bodenverteilung nahm der Staat bis zu etwa 90 % das Kollektiveigentum der LPG in Anspruch, bis zu 10 % wurde Staatseigentum verteilt. Der Staat hat also letztendlich Privateigentum verteilt und die Lösung durch eine so *“großzügige”* Entschädigung ist nicht nur juristisch, sondern insbesondere auch moralisch höchst fragwürdig.

Das Ziel, den Boden auf Privatpersonen zu verteilen, wurde erreicht, aber diese Art der Bodenverteilung führte zu einer unwahrscheinlich tragischen Eigentumszersplitterung, und wir müssen jetzt schon über die möglichen Lösungen für eine dringende Korrektur nachdenken. Was diese *“Bodenprivatisierung”* gekostet hat und noch kosten wird, weiß niemand. Ihr Ergebnis zeigt die Tabelle 1.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften waren auch in Ungarn nicht aufgrund einer freien Entscheidung der Bauern gegründet worden. Nach der Gründung hatten die LPGen aber eine eigenartige, von den anderen sozialistischen Ländern stark unterschiedliche Entwicklung durchlaufen. Es gibt keinen objektiveren Beweis als die Tatsache, daß nach 1998 von insgesamt etwa 1.300 LPGen sich nur in 17 die Mitglieder frei für eine Auflösung entschieden.

¹ Die ehemaligen Eigentümer der Landwirtschaft, die ihren Boden und sonstige Vermögen in irgendeiner Form verloren hatten oder zwangsweise verkauft hatten, wurden nach den vier Entschädigungsgesetzen indirekt und degressiv entschädigt. Sie erhielten nach der Menge und Qualität des Bodens ein Wertpapier (Entschädigungsschein), das man verkaufen, zum Erwerb von Staatseigentum, zum Bezug einer Zusatzrente, oder zum Kauf von Boden im Rahmen eines Versteigerungsverfahrens verwenden konnte. Durch eine Sonderregelung trat bei Boden bis praktisch 50 ha keine Degression ein. Neben den ehemaligen Eigentümern und ihren direkten Erben bis zur 3. Generation (!) wurden auch die LPG-Mitglieder und Angestellten von Staatsbetrieben entschädigt: Landlose und Kleineigentümer in einer LPG erhielten bis etwa 1,5 ha, in einem Staatsgut bis 1,0 ha Ackerland. Wenn jemand Boden hatte, konnte er nur den Unterschied (!) bekommen.

Wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten wurden aber etwa 200 aufgelöst und etwa 14 % der Mitglieder haben die weiter existierenden LPGen freiwillig verlassen.

2.4 Die wirtschaftliche Entwicklung seit der Wende

Die Fakten zeigen ein völlig anderes - und leider ein teilweise bitteres - Bild als die verkündeten Ziele der Umwandlung:

- Die Entschädigung hat beim *Bodeneigentum* eine grundsätzliche Veränderung verursacht. Nach Schätzungen wird der Boden *bis zu 80 % nicht* den in der Landwirtschaft arbeitenden Eigentümern, sondern Rentnern, Stadtbewohnern und ziemlich vielen Spekulanten gehören.
- Trotz aller Schwierigkeiten haben *die meisten Kollektivbetriebe* diese schwere Zeit - mit großen Verlusten - überlebt. Die Zahl der Genossenschaften liegt jetzt etwa bei 2.000, gegenüber den ehemaligen 1.300, die Durchschnittsgröße ist etwa auf die Hälfte gesunken.
- Die *Staatsgüter* sind etwa bis zu 50-60 % privatisiert. Etwa 25 % bleiben als AG teilweise im Staatseigentum, der Rest wurde aufgelöst. Die überlebenden Großbetriebe können auch in der Zukunft eine positive Rolle, besonders in der vertikalen Integration (Kooperation) spielen.
- In den meisten Zweigen der Lebensmittelindustrie hat ausländisches Kapital eine wichtige, oft bestimmende, manchmal sogar 100 % erreichende Rolle gewonnen. Die *Privatisierung* war in diesem Bereich viel *erfolgreicher* als in der Landwirtschaft.
- Der Anteil der landwirtschaftlichen kleinbetrieblichen *Produktion* lag im Jahr 1989 bei 38 %, 1994 bei etwa 50 %; der Zuwachs ist also bescheiden.
- Die Zahl der landwirtschaftlichen "*Privatbetriebe*" betrug im Jahr 1994 1,201 Mio., d. h. etwa 16 % weniger (!) als vor drei Jahren. Die landwirtschaftliche Nutzfläche erreicht nicht ganz 1,2 ha pro Betrieb. Bis zu 95 % der Betriebe sind Nebenerwerbsbetriebe.
- Die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft erreichte im Jahr 1993 nicht einmal *ein Drittel* der Zahl aus dem Jahre 1989. Die meisten *Arbeitslosen* sind in den Dörfern anzutreffen.
- Die *Produktion der Landwirtschaft*² zeigt die folgenden Indizes (1989 = 100):

1990	95,3	1994	66,5
1991	89,0	1995	68,2
1992	71,0	1996	72,6
1993	64,1		

²

Dahinter stehen: ein Rückgang im Einsatz von Produktionsmitteln (1993 gegenüber 1989: 79% weniger Handelsdünger, 39% weniger Pflanzenschutzmittel, 67% geringere Investitionen), ein Rückgang der Tierbestände (um 37 bis 41%), geringere Erträge, die etwa dem vor 20 bis 25 Jahren erreichten Niveau entsprechen, und eine allgemeine Verschlechterung im Arbeitseinsatz und in den persönlichen Leistungen, die letztlich auch die gewünschte Eigentumsreform sehr fragwürdig erscheinen lassen. Die leerstehenden Kapazitäten und die gesunkene Produktivität machen die Produktion teurer und können früher oder später zu relativer Warenknappheit und sinkender Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem immer kräftigeren Importdruck führen.

Positiv ist, daß die *Institutionen der Marktwirtschaft* teilweise schon in den früheren Jahren aufgebaut wurden (z. B. die Gesetzgebung über Joint Ventures ab 1972, Konkursverfahren, Gründung von Kapitalgesellschaften usw. waren ab 1987-89 vorhanden, auch die Warenbörse funktionierte). Zusammenfassend können wir sagen, daß die ungarische Landwirtschaft zwischen den härteren Bedingungen mit gemischten, oft leider schlechteren Voraussetzungen als vorher, für die Wiedererneuerung kämpft. Die Chancen der guten Ausgangslage wurden zum Teil vertan, und die große Hoffnung ist vorbei. Wir wollen aber unsere günstigen natürlichen und betrieblichen Bedingungen auch in der Zukunft ausnutzen und mit einer modernen Landwirtschaft die Mitgliedschaft in der EU erreichen.

2.5 Die Assoziierung und der Agraraußenhandel

Zur Zeit der politischen Wende herrschte in Ungarn eine große - kaum begründete - *Hoffnung*, schnell Mitglied der EU zu werden. Nach der Euphorie kam schnell die Ernüchterung, die besonders durch die schwierigen Assoziierungsverhandlungen und deren sehr bescheidene Ergebnisse bestätigt wurde. Vor allem für die Landwirtschaft hatten wir mehr erwartet. Jetzt sind wir in einer dritten Phase, in der wir die Folgen, die wir früher nicht wahrhaben wollten, anerkennen müssen. Statt unseren Marktanteil zu erhöhen, stehen wir unter einem starken Importdruck.

Der *Protektionismus der EU* und die oft gar nicht korrekten Einfuhrbeschränkungen machen unser Leben schwer. Unser einst bedeutender Exportüberschuß ist nicht nur in der Folge der geringeren Produktion, sondern auch wegen des aggressiv unterstützten Außenhandels der EU stark zurückgegangen. Mit den EU-Subventionen können und wollen wir aber nicht konkurrieren. Diese Feststellung gilt nicht nur für den EU-Markt, sondern auch für unsere ehemaligen Ostmärkte wie Rußland und die Ukraine, sowie für die anderen CEFTA-Länder. Die Veränderungen des ungarischen Agraraußenhandels gehen aus Tabelle 2 hervor.

3 Agrarpolitisches Dilemma und Aufgaben der Vorbereitungsphase für den EU-Beitritt

3.1 Ziele und Fragen der Agrarpolitik in der Vorbereitungsphase

Die realistische Beurteilung, insbesondere der wirtschaftlichen Rolle des Agrarsektors heute und in Zukunft, ist für den *gesamten Beitrittsprozeß außerordentlich wichtig*. Die Landwirtschaft ist der Hauptnutzer unseres fast einzigen Naturschatzes, des fruchtbaren Bodens. Die Landwirtschaft gibt einem großen Teil der auf dem Lande lebenden Arbeitskräfte Arbeit, speziell solchen, für die es keine andere Beschäftigung gibt. Derzeit ist etwa jeder 12. Erwerbstätige in der Landwirtschaft und jeder 8-9. in der Agrarwirtschaft insgesamt tätig. Das geistige Kapital des ungarischen Agrarsektors ist auch im internationalen Vergleich beträchtlich. Wenn wir also auf die früher erreichte, aber nur relativ wichtige Rolle der Agrarwirtschaft verzichteten, dann würden wir auf einen der wettbewerbsfähigsten komparative Kostenvorteile besitzenden Wirtschaftszweig verzichten, ohne dies kompensieren zu können. Eine solche Entscheidung wäre aber auch *letztlich in ihren Auswirkungen für die EU viel negativer*, als wenn man eine vernünftige, auf gegenseitigen Zugeständnissen basierende Entwicklungsstrategie verfolgt und das ungarische Agrarpotential - im Rahmen der Wirtschaftlichkeit und internationalen Wettbewerbsfähigkeit - vernünftig ausnutzt.

Man hört oft, daß die Beitrittsländer ihre Agrarwirtschaft weit überschätzen. Tatsächlich sind aber nicht wir es, sondern ist es *die EU, die ihre Agrarwirtschaft überschätzt und überbewertet*, weit über ihre tatsächliche wirtschaftliche Bedeutung. Für einen Sektor mit relativ kleiner Bedeutung verlangt die EU eine besondere Behandlung und einen Schutz von Ländern, die sonst fast immer schwache Partner sind. Darum muß man auf Realität basierende gegenseitige

Vereinbarungen für die zukünftige gemeinsame Agrarpolitik früher erreichen. Es ist für uns unvorstellbar, daß den Beitrittsländern die Beschränkungen auferlegt werden und die EU-Länder die Schutzmaßnahmen und Kompensationen erhalten. Wir rechnen aber auch nicht damit, daß wir ohne Anpassung und ohne entsprechende Gegenleistungen die EU-Unterstützung genießen können. Meine feste Überzeugung ist, daß *die Lösung nur über gegenseitige Kompromisse und über wohlwollende Bereitschaft erreichbar ist*. Aus ungarischer Sicht ist es besonders wichtig, eine bedeutende Veränderung in der Beschäftigungsstruktur zu erreichen und das Wachstum in Richtung komplementärer Güter zu lenken. Das zweite ungarische Bestreben ist eine Verstärkung der Marktorientierung außerhalb der EU, wozu wir schon über die ersten positiven Ergebnisse berichten können.

Die heutigen ungünstigen Voraussetzungen unserer Landwirtschaft (von der Produktionsabnahme bis zu den ungünstigen Betriebsverhältnissen) machen unsere Verhandlungen mit der EU außerordentlich schwierig. Wir müssen deutlich machen, daß Niveau und Struktur der heutigen Produktion unter abnormalen Bedingungen zustande gekommen sind, und daß es für uns von elementarem wirtschaftlichem und gesellschaftlichem (politischem) Interesse ist, das derzeitige Niveau zu übertreffen und wieder die früheren Leistungen zu erreichen. Die bedingungslose Annahme der *Notwendigkeit des Wachstums in der Landwirtschaft* ist für uns mindestens so wichtig wie in der EU. Dies ist ein springender Punkt, ohne den es einfach nicht möglich ist, vorwärts zu kommen. Ohne ihn

- gäbe es keine Leistungssteigerung und *Effizienzverbesserung* und damit auch
- keinen Zuwachs bei den tragisch zurückgefallenen *Einkommen*,
- ohne die keine *Strukturveränderung* und keine Marktanpassung möglich wäre
- und ohne Wachstum wäre auch die geplante *Selbstfinanzierung* nur eine Illusion.

Ohne Steigerung der Produktion und - was besonders betont werden soll - ohne Qualitätsverbesserung und Erweiterung der landwirtschaftlichen Produktpalette ist ein Aufholen gegenüber der EU nicht möglich, und wir haben keine Chance, den wirtschaftlichen Rückgang unseres Landes zu stoppen. Ohne Steigerung der Produktion gibt es weiterhin keinen *Fortschritt in der Beschäftigung*, denn es trifft zu, daß für viele, die auf dem Lande wohnen und anders nicht zu beschäftigen sind (Uausgebildete, Alte, Zigeuner usw.), die Landwirtschaft kurzfristig die einzige reale Chance darstellt, obwohl sie allein keine endgültige Lösung anbieten kann. Nur über eine Ertragssteigerung, die auch zu einer Steigerung der Gesamtproduktion führt, ist eine rationelle Nutzung des Bodens und der anderen Produktionsfaktoren zu erreichen.

3.2 Die Harmonisierung der Agrarpolitik

Wir können heute noch nicht alle kritischen Punkte, über die es erwünscht wäre zu verhandeln, konkret benennen. Wir sind darauf noch nicht genügend vorbereitet, aber auch die EU *hat keine verwendbaren Orientierungsmarken für die Zukunft gegeben*. Gegenwärtig weiß keiner, welcher Agrarpolitik wir uns anschließen sollen.

Unter den gegebenen Umständen haben wir weder ein besonderes Interesse noch eine reale Chance, eine der GAP-ähnliche, bei uns in der jetzigen Situation Produktionssteigerungen beschränkende *Agrarmarktordnungen schon vor dem Beitritt zu akzeptieren und einzuführen*. Die Lage wäre wesentlich anders, wenn die EU bereit wäre - auch ohne unerträglich strenge Produktionsquoten - uns finanziell zu unterstützen. Dafür gibt es bisher noch keine Hoffnung, obwohl selbst eine bescheidene Summe viele positive Wirkungen für die Zukunft haben könnte. Zum Beispiel wäre es gut, strukturelle Veränderungen in Gang zu setzen, Aufforstungen vorzunehmen, Wasserspeicher anzulegen usw.

In Ungarn erhoffen heute sehr viele von der vollberechtigten Mitgliedschaft, daß sie unsere Landwirtschaft aus der nach wie vor schweren Krise retten und ihre Modernisierung durchführen wird. Nach meiner Meinung ist *diese Erwartung aber unbegründet*. Es gilt das Umgekehrte: Der Weg zum Beitritt führt über eine zumindest teilweise Lösung dieser Probleme. Es ist vor allem wichtig, daß wir die rechtlichen und institutionellen Bedingungen zustande bringen und unsere Funktionstüchtigkeit beweisen können. Dies alles müssen wir in den kommenden Verhandlungen mit der EU ehrlich offenlegen, um gerade zu dieser Lösung eine gewisse materielle und fachliche Hilfe zu bekommen. Es muß klar ausgesprochen werden: *ohne Hilfe von außen können wir und können auch die anderen MOE-Länder die Probleme der Harmonisierung und der Anpassung an die EU-Vorschriften nicht lösen!*

Im Gegensatz dazu sind viele in der EU der Meinung, daß die Beitrittsländer in den nächsten Jahren *als Voraussetzung für den Beitritt ihre Probleme selbst lösen müssen*. Das bedeutet, die Wirtschaft zu fördern, die Funktion des Marktes zu ordnen, die Beschäftigung zu steigern usw. Anders gesagt: Wir müssen zuerst Kanaan erschaffen und dann dürfen wir mit unserer starken und gut organisierten krisenlosen Wirtschaft in die Gemeinschaft eintreten. Diese Auffassung ist unrealistisch. Unsere Länder haben nämlich solange sie *außerhalb der EU bleiben ohne erleichterten Marktzutritt, ohne konkrete Aufnahmebedingungen und einen klar bestimmten Beitrittszeitpunkt überhaupt keine Chance zum Aufholen und dazu, ihre Wirtschaft in Ordnung zu bringen*. Solange die erwähnten Voraussetzungen nicht erfüllt sind, kommt kein Kapital zu uns, und wir kommen mit unseren Produkten nicht auf den Markt.

Ungarn bemüht sich, seinen "größten Naturschatz", den Boden, möglichst vernünftig, d. h. auf den besseren Standorten eindeutig intensiver als heute, zu nutzen. Die EU möchte dagegen extensivieren. *Zwischen diesen Zielen besteht aber kein Gegensatz*, weil die jetzige Intensität der ungarischen Bodennutzung weit unter den von der EU als Ziel bezeichneten Extensivierungsnormen liegt. Wir sind heute sogar so weit, daß es nicht nur an wirksamer Produktionstechnologie und wirtschaftlicher Vernunft fehlt, sondern sogar die natürlichen Ressourcen, der Umweltschutz, eine fachgemäße Wasserwirtschaft oder die Erhaltung der Produktivität der Böden eine Intensivierung, eine Steigerung der Nährstoffversorgung fordern.

Bei einem Strukturwandel der Bodennutzung können wir von der unmittelbar der Nahrungsmittelproduktion gewidmeten landwirtschaftlichen *Anbaufläche etwa 10-15 % umwidmen* und für Aufforstungen oder alternative Zwecke (Wasserbehälter, Fisch- und Wildwirtschaft) zur Verfügung stellen. Es ist aber notwendig, auf den anderen landwirtschaftlichen Flächen die Produktion gleichzeitig zu modernisieren und zu intensivieren. Die größte Beschränkung für solche Bemühungen sind fehlende finanzielle Ressourcen. Vor allem für diese Zwecke sollte erreicht werden, uns schon vor dem Beitritt gewisse EU-Unterstützungskanäle zu öffnen, wie dies z. B. auch bei dem Beitritt Portugals möglich war.

3.3 Die Eigentums- und Betriebsstruktur in Ungarn

Es ist wichtig festzustellen, daß sich die Eigentumsverhältnisse von Boden und anderen Vermögenswerten in dem vergangenen Jahrzehnt grundsätzlich geändert haben. Das *Privateigentum in der Landwirtschaft*, das auch früher nicht unbedeutend war, ist heute entscheidend. Sein Anteil an der LF liegt bei 90-95 %, an der Waldfläche bei etwa 40 % (der Rest steht ähnlich wie bei den EU-Ländern im staatlichen und kommunalen Eigentum). In der Verarbeitungsindustrie ist das Privateigentum mit einem Anteil von über 80 % ebenfalls bestimmend. Der Hauptunterschied zwischen der Landwirtschaft und der Lebensmittelindustrie liegt im *Anteil ausländischen Kapitals*. In der Landwirtschaft haben die Ausländer kaum einige Prozent, während in der Verarbeitungsindustrie mehr als die Hälfte entfällt (ein bedeutender

Anteil von ihnen mit Sitz in den EU-Ländern). In einigen Zweigen der Lebensmittelverarbeitungsindustrie haben die ausländischen Besitzer einen Mehrheitsanteil, der in einigen Fällen sogar 90-100 % erreichen kann. Dies ist ein unanfechtbarer Beweis dafür, daß *sich die ungarische Agrarwirtschaft schon jetzt stark in die EU eingegliedert hat*. Neben einigen Industriezweigen ist gerade die Lebensmittelverarbeitung der Wirtschaftszweig, der auf den Beitritt am besten vorbereitet und reif dafür ist. Diese Tatsache darf man auf keinen Fall während der Verhandlungen über die Landwirtschaft aus den Augen verlieren, weil das Interesse der "heimischen Industrie", welche eigentlich in ausländischen Händen ist, auch von der Schaffung einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft abhängt. Wir haben also die Aufgabe der Privatisierung hinter uns, obwohl wir in der näheren Zukunft noch mit vielen Eigentümerwechseln rechnen müssen.

Die Konformität der Betriebsstruktur der ungarischen Landwirtschaft wird nicht in Brüssel, sondern mehr in Ungarn von einigen bezweifelt, ausschließlich aus ideologischen Gründen. Der Europäische Rat hat in seiner Sitzung von Madrid Ende 1995 erklärt, daß die besondere Entwicklung der Länder Mittel- und Osteuropas und die sich daraus ergebende bedeutende Rolle der großen landwirtschaftlichen Betriebe als Gegebenheit angenommen wird. In Bezug darauf verfolgt die EU eine neutrale Politik, was auch von den Regierungen der Beitrittsländer erwartet wird. Im großen und ganzen ist dies auch in Ungarn so, obwohl der Zusammenschluß, die Kooperation, - meiner Meinung nach - von der Regierung weniger unterstützt wird als es nötig wäre. Gleichzeitig sind aber sehr viele "halboffizielle" Äußerungen in den einzelnen EU-Ländern zu hören, die sich dezidiert gegen die Großbetriebe richten. Die Argumentation basiert meist auf *mangelhafter Kenntnis und auf konservativen ideologischen Thesen*.

Ein empfindlicher Punkt in den Verhandlungen mit der EU könnte die in Ungarn heute stillschweigend tolerierte Praktik sein, nach der auch ein mittelgroßer Familienbetrieb kaum Steuern zahlt und fast keine anderen (Gesundheits-, Umweltschutz-, Technologie-, Berichts- usw.) Pflichten hat, während Unternehmen in der Rechtsform juristischer Personen alle diese Pflichten restlos erfüllen müssen. *Hier Ordnung zu schaffen, ist eine Aufgabe, die ausschließlich auf uns zukommt*. Seitens der EU dürfen wir in dieser Frage kein Verständnis erwarten. Die fachliche und moralische Unterstützung der EU brauchen wir aber sehr stark, um diese als "politische Fragen" betrachteten Diskussionen erfolgreich abschließen zu können. (Gewisse Politiker wollen nicht verstehen, daß die freie Marktwirtschaft nicht mit einem regellosen, anarchischen Markt gleichzusetzen ist.)

Eine besondere Stellung und Zukunft haben die Nebenerwerbsbetriebe. Diese in der ungarischen Praxis seit langem eine wichtige Rolle spielende Betriebsform dient in erster Linie sozialen Zwecken. Unsere Aufgabe ist es, eine mit der Philosophie der EU gut zu vereinbarende Annäherung und Anpassung dieser Betriebe zu erreichen. Sie sollen einerseits in die allgemeine Regional- und Sozialpolitik eingeordnet werden, andererseits muß man eine klare Abgrenzung der Nebenerwerbsbetriebe sowohl bei der Steuerung als auch bei der Unterstützung von den im Wettbewerb stehenden landwirtschaftlichen Betrieben erreichen.

3.4 Die Umweltfrage: Diskussion und Fakten

In den Verhandlungen mit der EU müssen wir beweisen, daß unsere allgemeine Umweltbelastung leider stark (Schmutz, Unordentlichkeit usw.) *in der Landwirtschaft* (unter anderem auch wegen der günstigeren Klimabedingungen) *trotz anderslautender Berichte der EU sehr viel kleiner ist und auch in Zukunft kleiner bleiben wird* als in den meisten Regionen des westlichen Europas. In Ungarn ist der Tierbestand leider so klein geworden, daß wir nicht über davon ausgehende Belastungen, sondern über mangelnde organische Düngung sprechen

müssen. Ähnlich verhält es sich bei Handelsdünger. Je Hektar LF verwenden wir nur 23 % der Menge Deutschlands und Frankreichs, 15 % der Menge Großbritanniens und 10 % der Menge Hollands. Um ein Nährstoffgleichgewicht zu erzielen, muß der Einsatz schnell erhöht werden. Die jetzige Zwangslage bietet aber eine gute Möglichkeit, die modernste Lösung zu wählen und eine echte umweltfreundliche Landwirtschaft zu erreichen. Unsere Produkte können sich den empfindlichsten Qualitätsvorschriften nur dann besser anpassen, wenn wir sowohl in der Produktion als auch in dem Überprüfungssystem moderne und technisch hochentwickelte Geräte besitzen. Für die Umwelt sind nicht die größeren Betriebe eine echte Gefahr (wie dies von gewissen Quellen, die indirekt gegen die konkurrenzfähigen Großbetriebe kämpfen, oft behauptet wird), sondern die derzeit widrigen Umstände, die fehlenden Fachkenntnisse und die Geldnot, welche gerade für die kleineren und armen Betriebe typisch sind.

Die ungarischen Antworten auf die Fragebögen der EU wurden in Brüssel eindeutig als "positiv und fachlich gut begründet" bezeichnet. Es war nur ein einziges Gebiet, wo wir kritische Bemerkungen bekommen haben. Das war gerade die Lage des Umweltschutzes in Ungarn. Wir haben eine besonders große Aufgabe in der schnellen Entwicklung der Kanalisierung der Siedlungen. Damit zusammenhängend müssen wir auch die kleinbetriebliche Tierhaltung innerhalb der Siedlungen in Ordnung bringen.

3.5 Die Agrarinformation und die juristische Harmonisierung

Die Hauptelemente der Agrarinformationsstruktur der EU sind teilweise auch schon in der Agrarinformationsstruktur Ungarns zu entdecken, aber Funktion, Bedingungssystem, Wirkungsweise und vor allem ihr Dienst entsprechen bei weitem noch nicht den späteren Anforderungen der EU-Mitgliedschaft. Ihre Entwicklung stellt uns vor große Aufgaben, deren Lösung auch schon für die Durchführung der Verhandlungen gebraucht wird. (Sonst können wir keine "gemeinsame Sprache" benutzen!) Die Vorbereitung läuft auf vollen Touren, vor allem dank einer Hilfe der deutschen Regierung. Ich bin der Meinung, daß wir auf diesem Gebiet die meiste Hilfe von den EU-Ländern brauchen, sowohl fachlich als auch materiell. Vor dem Beitritt können wir unsere Wirtschaft nur mäßig entwickeln. Ihre Funktionsfähigkeit, die klare Regulierung, ein modernes Informationssystem usw. sind aber für uns reale Ziele.

Wir brauchen aber auch noch politische Unterstützung für unsere Bestrebungen, wie z. B. die Registrierung der Kleinproduzenten oder die statistische Datenerfassung über die Produzenten usw. Die meisten nationalistischen oppositionellen Kräfte sind nämlich sehr stark gegen solche Bemühungen der Regierung, genauso wie gegen Marktliberalisierung und besonders gegen eine Erleichterung des Bodengesetzes. Ansonsten geht die juristische Harmonisierung sehr gut voran. Auf diesem Gebiet haben wir auch wichtige Vorteile, denn grundlegende Gesetze bestehen seit langem, wie z. B. das Gesetz über die Joint Ventures (schon seit 1972!), über die Gesellschaften, über Konkursverfahren usw. schon aus der Zeit vor 1990. Sehr wichtig sind die Regelungen über Lebensmittelhygiene, Tiergesundheit und Tierschutz, welche schon verabschiedet wurden. In der letzten Vorbereitungsphase sind die Gesetze über den Umweltschutz und über die nationale Agrarstrategie (NAP).

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Erweiterung muß man möglichst bald auch zahlenmäßig analysieren bzw. auch wir selbst müssen Modellrechnungen durchführen, ähnlich denen, welche in den EU-Ländern bekannt sind. Statt des bisherigen defensiven Verhaltens müssen wir unsere eigene Auffassung ausarbeiten und begründen.

4 Einige Schlußfolgerungen

Die Entwicklung der letzten Jahre hat *gewisse Fortschritte*, aber noch mehr ungelöste Probleme gebracht. Es lohnt sich, die Lehre aus dem Prozeß wie folgt zusammenzufassen:

- Die Transformation war in Ungarn fast genauso wie in den anderen MOE-Ländern eine notwendige, aber - gegenüber den anderen Ländern - seit längerer Zeit schon gut vorbereitete Aufgabe. Nach der Wende wurde diese Vorbereitung aber aus den Augen verloren und statt einer schrittweisen und nach klaren Zielsetzungen durchgeführter Entwicklung kam es zu einer reinen Improvisation durch die herrschenden politischen Kräfte.
- Anstatt der Vertreter der Ökonomie und der Wissenschaft wurde die entscheidende Rolle von der Ideologie bzw. den "neu gebackenen" Politikern übernommen. Neben unserer eigenen Verantwortung muß man hier aber auch die Rolle "westlicher" Berater erwähnen, die ohne konkrete Kenntnisse praktisch nur über schnelle Privatisierung und uneingeschränkte Liberalisierung sprachen.
- Die Privatisierung wurde als "Allheilmittel" betrachtet und ohne ein langfristiges Konzept begonnen. Das plötzliche Überangebot von allen möglichen Vermögensarten ließ den unvorbereiteten und schwachen Markt zusammenbrechen und die Preise für Vermögenswerte tief fallen.
- Wir haben in Ungarn den kompliziertesten und teuersten Weg der Restitution (der Entschädigung) und der Umwandlung der Genossenschaften gewählt. Diese Lösungen haben keine moralische Beruhigung gebracht, sondern eher neue Widersprüche verursacht.
- Die Zersplitterung des Bodeneigentums bedeutet jetzt ein großes Hindernis für die Modernisierung der Landwirtschaft. Die Pacht spielt bei den Produktionskosten eine wichtige Rolle obwohl sie als Einnahme für die Eigentümer kaum eine Bedeutung hat.
- In der Verarbeitungsindustrie war die Privatisierung - trotz der auch hier auftretenden Probleme - viel erfolgreicher als in der Landwirtschaft. Besonders schnell und umfangreich folgten ausländische Kapitalinvestitionen. In gewissen Branchen kam es zu einer schnellen Modernisierung und verbesserten Wettbewerbsfähigkeit.
- Die Transformation hat besonders in der Landwirtschaft zu großen Vermögensverlusten geführt. Die Produzenten leben immer noch von dem früher investierten Kapital.
- Die große Erwartung, daß die Privatisierung und die damit verbundene Vermögensverteilung zu einer kräftigen Privatinitiative und besonderen Anstrengungen führen würden, wurde - zumindest bis jetzt - in keiner Weise erfüllt. Die allgemeine Wirtschaftskrise wirkt sich auf die Lebenshaltung und die Wirtschaftsmoral sehr negativ aus.

Die Transformation ist eine langfristige Aufgabe, welche mit einer Kampagne allein nicht zu leisten ist. Wir sind noch nicht am Ende, und trotz der vielen begangenen Fehler haben wir nicht nur viele Aufgaben sondern auch viele bis jetzt nicht genutzte Möglichkeiten. Es gibt keinen Zweifel darüber, daß die negativen Tendenzen nicht nur für die ungarische Landwirtschaft, sondern auch für die Gesamtwirtschaft unerträglich sind.

Wenn die Agrarwirtschaft nicht wesentlich mehr produziert als von der Inlandsnachfrage aufgenommen wird, wird *das Gleichgewicht im Außenhandel zusammenbrechen* und wir

können auch die Beschäftigungsfrage nicht lösen. Ohne eine - teilweise radikal umstrukturierte - Exportorientierung würden wir gerade einen relativ guten und wettbewerbsfähigen Teil unserer Volkswirtschaft verlieren, bzw. auf die Ausnutzung unserer wichtigsten *komparativen Kostenvorteile* verzichten. Diese Auffassung müssen wir bei den EU-Verhandlungen unseren Partnern klar machen und erfolgreich verteidigen. Die Annäherungen an die EU ist auch auf den meisten Gebieten des Lebens von Tag zu Tag zu beobachten. Letzten Endes ist die Aufgabe eine zweiseitige. Einerseits müssen wir uns bemühen, unsere eigenen Lösungen durchzubringen, was ist nicht einfach sein wird. Andererseits müssen wir unsere Landwirtschaft auf einen - auch Strukturwandel einschließenden - Wachstums- und Modernisierungspfad bringen. Nach meiner Beurteilung ist dies eine schwierige Aufgabe und wenn wir sie nicht erfolgreich lösen können, dann wird es auch nicht möglich sein, unsere Interessen gegenüber der EU durchzusetzen.

Die öffentliche Meinung des Landes sieht die Ereignisse objektiv. *Die meisten sind für den Beitritt, aber doch mit nicht geringen Vorbehalten und Sorgen.* Ich halte dies nicht nur für natürlich sondern auch für positiv. So, wie die öffentliche Meinung von dem Wechsel von 1989 - im Unterschied zu anderen MOEL - am wenigsten erwartet hat, so sehen die Ungarn auch nicht auf die EU mit wundergläubigen Augen. Es läßt sich nicht abstreiten, daß die ungarische öffentliche Meinung diejenige ist, die sich über die vollzogenen Veränderungen der vergangenen Jahre am wenigsten getäuscht hat.

Ich bin der Meinung, daß nicht nur wir sondern auch die EU ihre Agrarpolitik erneuern und modernisieren muß. Ich möchte noch einmal betonen, daß die Krise und Veralterung der EU-Agrarpolitik kaum zu bezweifeln ist und es ist sicher, daß die *Agrarpolitik der EU auch ohne Erweiterung für eine radikale Änderung reif ist.* Fast unabhängig davon, ob wir zur EU kommen oder nicht, die gesamte Zielsetzung der Agrarpolitik und nicht nur ihre Formen werden sich ändern. Es ist kaum zu bezweifeln, daß auch die Größenordnung der derzeitigen Unterstützung (wiederum unabhängig von uns) mit Sicherheit gesenkt werden muß, und letztlich möchte ich darauf hinweisen, daß man innerhalb der EU alle Mitglieder, die alten genauso wie die Beitrittsländer, mit dem gleichen Maßstab messen, behandeln und unterstützen muß. Sonst sollte man die schönen demokratischen Prinzipien vergessen.

Literaturverzeichnis

- FERENC GLATZ (Herausgeber): Europa und Ungarn. Begegnungen. Schriftenreihe des Europa Institutes Budapest. Budapest, 1996.
- FRANZ GREIF (Herausgeber): Ostöffnung und Landwirtschaft. Agrarpolitische Arbeitsbeihilfe Nr. 1. Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, Wien, 1997.
- Mezőgazdasági, élelmiszer-ipari statisztikai zsebkönyv 1996. KSH, Budapest, 1997.
- PÁLOVICS BÉLÁNÉ – VARGA GYULA: Magyarország agrárgazdasága és az EK. AKI, Budapest, 1991.
- E. TÓTH - GY. VARGA – W. LORLEBERG: Die Transformation der Landwirtschaftlichen Genossenschaften Ungarns und ihre Folgen. Land, Agrarwirtschaft und Gesellschaft, Zeitschrift für Land- und Agrarsoziologie. Jg. 11, 3/1994
- UDOVECZ GÁBOR: Az exportorientáció gondjai agrárgazdaságunkban. AKII, Budapest, 1994.
- VARGA GYULA: Agrárgazdaság és agrárpolitika. Kérdőjelek és teendők az EU-csatlakozás tükrében. Európai Tükör, az ISM 5. sz. műhelytanulmánya.

Tabelle 1:

**Bodenverteilung im Rahmen der "Entschädigung"
ab 1991**

	Zahl der betroffenen Personen	Zahl der Versteigerungen	Zahl der Bodenstücke	Durchschnittsgröße, ha
Nach dem ehemaligen Eigentum Entschädigten	1 040 000	25 500	592 000	1,8
Den Bodenlosen gegebene Eigentum	1 600 000	1 300*	3 000 000	1,7
Insgesamt	2 640 000	-	3 592 000	1,8

**Unternehmen in der Landwirtschaft mit juristischer Persönlichkeit
1991 - 1994**

	1991	1992	1993	1994
Staatsbetriebe	200	154	91	36
GmbH	1383	1628	2434	3140
AG	44	45	109	171
Genossenschaften	1501	1630	1971	2048
Sonstige	66	36	34	152
Zusammen	3194	3493	4639	5547

**Privatbetriebe nach Betriebsfläche
1994**

	Zahl der Betriebe		Bodenflächen*	
	Stück	%	ha	%
Unter 2,5 ha	1 099 683	91,56	427 375	30,90
2,5 - 10,0 ha	80 323	6,69	381 505	27,58
10,0 - 30,0 ha	16 336	1,36	261 929	18,94
30,0 - 100,0 ha	4 086	0,34	198 860	14,38
über 100,0 ha	587	,05	113 536	8,21
Zusammen	1 201	100,0	1 383 205	100,0

* Die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche Ungarns ist 6 122 Tausend ha. Der Anteil der Privatbetriebe ist nach diesen Angaben etwa 22,6%.

Quelle: T. Dögei Imre: Föld-információ. Figyelő 1995. 4.

Az élelmiszergazdaság 1994. évi fejlődése. KSH, Budapest 1995.

Tabelle 2:

**Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion, kg pro Kopf
1980 - 1994**

	1980	1990	1993	1994
Getreide	1308	1212	828	1141
davon: Weizen	568	598	293	475
Mais	623	434	393	464
Kartoffel	130	118	103	92
Gemüse	184	196	130	138
Obst	154	139	123	102
Wein	53	53	35	36
Schlachttiere in Lebensgewicht	192	213	142	137
davon: Rinder	31	24	19	14
Schweine	110	124	81	73
Schafe	4	3	3	2
Geflügel	43	57	43	44
Milch, l	231	267	196	183
Eier, St.	409	451	409	378

**Aussenhandelsentwicklung der Agrarprodukten Ungarns
1991-1996**

In Million USD

	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Export						
Insgesamt	2654	2677	1990	2338	2899	2743
Davon: nach EU	1397	1328	1057	1195	1256	1300
nach Deutschland	560	537	446	526	549	532
nach Osteuropa	689	954	646	791	1154	956
nach CEFTA	133	195	171	222	311	354
Import						
Insgesamt	666	702	808	1078	976	938
Davon: aus EU	244	302	435	570	467	404
aus Deutschland	59	91	122	157	102	95
aus Osteuropa	71	84	81	128	71	66
aus CEFTA	36	32	43	50	37	32
Saldo						
Insgesamt	1988	1975	1182	1260	1923	1805
Davon: mit EU	1153	1026	622	625	789	896
mit Deutschland	501	446	324	369	447	437
mit Osteuropa	618	870	565	663	1083	890
mit CEFTA	97	163	128	172	274	322

Tabelle 3:

**Schätzung des Anteils der verschiedenen Rechtsformen
in der Landwirtschaft, 1995**
(nach Angaben der Steuerbehörde "APEH" 1996)

Rechtsform	Zahl der Unternehmen		Nettogeldeinnahmen		Beschäftigtenzahl	
	Stück	%	Mrd. Ft	%	in 1000	%
Staatsbetriebe	4	0,1	0,4	0,1	0,4	0,3
AG	133	2,8	77,3	16,6	24,7	16,0
GmbH	2764	58,8	166,7	35,9	30,5	19,8
Genossenschaft	1588	33,8	211,1	45,5	96,6	62,5
Privatbetrieb	32	0,7	1,9	0,4	0,2	0,1
Sonstige	181	3,8	7,0	1,5	2,0	1,3
Insgesamt	4702	100,0	464,4	100,0	154,4	100,0

Die Vermögensverteilung nach 1992. in den ungarischen LPG-en

	Die Vermögensverteilung		Das Vermögen	
	Zahl in 1000	Wert in Millionen Ft	Wert pro Kopf in 1000 Ft	Verteilung in %
Anteilscheininhaber	561,7	11,8	20,9	100,0
davon: aktive Mitglieder	257,0	6,2	24,2	53,0
pensionierte Mitglieder	30,4	5,6	18,1	47,0
Geschäftsteilhaber	1143,4	247,3	216,3	100,0
davon: aktive Mitglieder	288,6	100,4	348,0	40,6
pensionierte Mitglieder	350,7	95,7	272,8	38,7
Angestellte	20,4	2,3	112,5	0,9
Außenstehende	483,7	48,9	101,1	19,8

Quelle: A földtulajdon rendezése és a vagyonfelosztás helyzete a mezőgazdasági szövetkezetekben. FM-AKII, Budapest, August 1992.